

---

FDP Neu-Anspach

# DIE PARTEIEN UND DIE SOZIALE FRAGE

10.03.2026

---



# Die Parteien und die soziale Frage

VdK fragt nach Gesundheit, Inklusion, Barrierefreiheit und Zusammenhalt

**Neu-Anspach** – „Wahlprüfsteine zur Kommunalwahl“ hat der VdK-Ortsverband den zur Kommunalwahl am 15. März angetretenen Parteien vorgelegt. Wie in der letzten Ausgabe dieser Zeitung bereits berichtet, haben Jan Muschter (CDU), Kevin Kulp (SPD), Regina Schirner (Grüne), Karin Birk-Lemper (FWG-UBN) und Stefan Ziegele (FDP) den Fragenkatalog zu sozialen Themen beantwortet, b-now und die Basis trotz Nachfrage nicht. Nach dem Thema Pflege geht es nun in dieser Ausgabe um die Bereiche Gesundheit sowie Inklusion, Barrierefreiheit und Mobilität. Außerdem um Demokratie und sozialen Zusammenhalt. Wolfgang Hafemann, Vize-Vorsitzender des VdK und Fachberater für Barrierefreiheit, hat die Antworten ausgewertet.

So wollte der VdK wissen, wie eine gute Versorgung mit Hausarzt- und Facharztpraxen erreicht werden kann. „Alle Parteien möchten sich für eine bessere Ansiedlung von Ärzten einsetzen“, berichtet Hafemann. „SPD, FWG-UBN und Grüne möchten dazu neue finanzielle Anreize geben.“ FDP und FWG-UBN sähen die Stadt bei diesem Thema in der Moderationsrolle.

## Originelle Zusatzvorschläge

Zum Stichwort Hitzeaktionsplan wollte der VdK wissen, mit welchen Maßnahmen beson-



Die Rollgruppe des VdK ist häufig in Neu-Anspach unterwegs, um die Stadt auf Barrierefreiheit zu testen.

ders betroffene Personengruppen (ältere Menschen, chronisch Kranke, Menschen mit Beeinträchtigung, Kleinkinder) geschützt werden könnten. Hier schlagen, so Hafemann, alle Kommunalpolitiker eine bessere Beschattung vor. „Es gibt aber auch originelle Zusatzvorschläge.“ So wolle die SPD zusätzlich städtische Grünflächen schaffen und die Grünen ein mobiles grünes Zimmer in der neuen Mitte einrichten. Die FWG-UBN spreche sich für ein Baumpflanzprogramm, Dach- und Fassadenbegrünungen sowie Trinkwasserspeicher an zentralen Plätzen aus und die FDP für eine blau-grüne Infrastruktur nach WHO-Standard.

Als Nächstes hat der Sozialverband nach einem Aktionsplan zur Inklusion, dem Abbau von Barrieren und der sozialen Teilhabe für in der Mobilität eingeschränkte Menschen gefragt. Außerdem wollte er wissen, wie der Bau von barrierefreien Wohnungen gefördert werden kann und wie diese bezahlbar zur Verfügung gestellt werden könnten. Laut Hafemann schlägt die SPD „ein kommunales Maßnahmenpaket zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention“ vor, das ein Ausbauprogramm für barrierefreie Wege und eine Barriere-App für sehbehinderte Menschen beinhaltet. Die FDP spricht sich für

den Plan einer „organisatorischen und finanziellen Förderung eines jährlichen städtischen Barrierefreiheitsberichts“, die Bereitstellung einer Barriere-App und die Berücksichtigung der Barrierefreiheit in städtischen Verträgen aus. CDU und FWG-UBN sehen die Einbindung des Seniorenbeirats und des VdK als wichtig an. Die Grünen schreiben: „Für eine inklusive Bildung braucht es barrierefreie Schulgebäude, Teilhabeassistenten, Schulsozialarbeiter.“ Dies sei aber Thema des Kreises.

„Auf die Förderung barrierefreier Wohnungen gehen alle Parteien ein, aber die Frage nach Bezahlbarkeit und Sozial-

verträglichkeit wird von allen nur gestreift“, berichtet der VdK-Vize weiter. Die CDU wolle das Thema bei der Wohnungsbau-Gesellschaft einbringen, die SPD setze auf Priorisierung sozialer Kriterien bei städtischen Baumaßnahmen und auf finanzielle Förderung. Für einen Pflicht-Mindestanteil an barrierefreien Wohnungen bei Neubauten sprechen sich die Grünen aus, soziale Träger möchte die FWG-UBN gewinnen, und für eine frühe Beteiligung von VdK und Seniorenvertretung bei der Bauleitplanung ist die FDP.

Was das Thema Mobilität angeht, setzen alle auf den geplanten Bürgerbus. Die CDU wolle zudem „beim Hochtaunuskreis darauf dringen, dass Barrierefreiheit im ÖPNV der Standard wird“, so Hafemann. Die SPD präferiere einen „Mobilitätsplan mit Fokus auf soziale Teilhabe“, die Grünen sprächen sich für eine bessere Erreichbarkeit des Edeka-Marktes aus, und die FWG-UBN fordere eine Koordinierung der Stadt zur Mobilität. „Zusätzlich setzt die FDP als einzige auf Zuschüsse aus Mobilitätsfonds und von privaten Spenden.“

## Was ist Gerechtigkeit?

Mit Demokratie und sozialem Zusammenhalt befasste sich der letzte Block. Hier setzen die Kommunalpolitiker durch die Bank auf sozialen Zusammen-

halt durch Vereine, berichtet Hafemann. „Für die CDU tragen solide Finanzen und geringe Steuerbelastung zum Zusammenhalt bei, laut SPD entsteht er dort, wo sich Menschen austauschen können, und da setzt sie auf die Neue Mitte.“ Die FWG-UBN spreche sich für die Förderung von „Begegnung, Dialog und Sachorientierung“



aus, die FDP betone, dass „regelmäßige und verständliche Informationen das Vertrauen in demokratische Prozesse stärken“.

Allerdings hat der VdK festgestellt, dass es sehr unterschiedliche Definitionen dafür gibt, was soziale Gerechtigkeit überhaupt ist. Für die SPD bedeutet es „faire und einfache Teilhabe am städtischen Leben“ sowie bezahlbarer Wohnraum und Unterstützung für Menschen mit geringen Einkommen. Die Grünen sagen, dass jeder gut in der Gemeinschaft leben können muss und eine bezahlbare Wohnung hat, und die FWG-UBN nennt bezahlbare und perspektivisch beitragsfreie Betreuungsangebote und bezahlbaren Wohnraum. Gleicher Zugang zu Chancen, Bildung und persönlicher Entfaltung ist für die Freien Demokraten wichtig.

ANJA PETTER